

Sieg ohne Wert

Nach den Umfragen wird die AfD die Landtagswahl in Thüringen deutlich gewinnen. Doch dass sie regiert, ist unwahrscheinlich, da die anderen Parteien eine Zusammenarbeit mit der rechtsextremen Partei ablehnen. Ist das demokratisch? Ein Politikwissenschaftler klärt auf.

Von Eike Kellermann

ERFURT. Mit stabil um die 30 Prozent liegt die AfD in den Umfragen klar vorn. Geschieht nichts Grundstürzendes mehr, wird sie die Landtagswahl in einer Woche gewinnen. Bei ihrem ersten Einzug in den Landtag 2014 holte sie 10,6 Prozent, 2019 waren es dann schon 23,4 Prozent. Käme sie jetzt auf die vorhergesagten 30 Prozent, wäre die AfD unter ihrem umstrittenen Chef Björn Höcke innerhalb von zehn Jahren zur stärksten Kraft in Thüringen geworden. Doch der Regierung ist sie nicht nähergekommen.

Üblicherweise führt der Wahlsieger die Regierung an. So ist es aktuell im Bund, wo die SPD bei der Bundestagswahl 2021 mehr Stimmen als die Union bekam und seitdem den Kanzler stellt. Von diesem Prinzip gibt es auch Ausnahmen, die in Deutschland jedoch eher selten sind. In Thüringen zum Beispiel gewann 2014 die CDU recht deutlich vor der Linken die Landtagswahl. Aber nicht sie, sondern die Linke schaffte es, mit einer Koalition eine Mehrheit im Landtag hinzubekommen. Die rot-rot-grüne Koalition wählte Bodo Ramelow zum Ministerpräsidenten.

Wie der Politikwissenschaftler Oliver W. Lembke im Gespräch mit unserer Zeitung erläutert, bedeutet ein Wahlsieg eben nur eine relative Mehrheit unter den konkurrierenden Parteien. Doch für die Regierungsbildung werde eine Mehrheit im Parlament benötigt. Lembke nennt das eine Gestaltungsmehrheit.

Diese brachte die Linke unter Ramelow 2014 zustande, obwohl sie nur zweitstärkste Kraft war. Höcke aber wird das aller Voraussicht nach nicht schaffen. Denn keine andere Partei will mit der AfD ein Bündnis eingehen – die sogenannte Brandmauer steht. „Deshalb ist ihr Sieg, auf Deutsch gesagt, nichts wert“, so Lembke. Die AfD versage damit bei einer der zentralen Funktionen von Parteien, nämlich der Bildung einer Regierung. Das sei auch kein Verstoß gegen demokratische Regeln oder staatsrechtliche Gebote, es sei nicht unfair oder gar so etwas wie die dunkle Seite der Macht. „Es gibt kein Recht, von anderen Parteien zu verlangen, gemeinsam eine Regierung zu bilden“, sagt der in Bochum lehrende Professor für Politikwissenschaft. Jede Partei müsse selbst dafür sorgen, mit ihrem Programm und ihrem Personal koalitions- und regierungsfähig zu sein. „Da hat die AfD wenig zu bieten.“

Als Bündnispartner nicht erwünscht

Sie werde in dieser Hinsicht von den anderen Parteien aber so gut wie nie attackiert. Diese stellten vielmehr pauschal ihre Wählbarkeit infrage, nach dem Motto: Faschisten wählt man nicht. „Das macht es der AfD relativ leicht, diese hohe Zustimmung aus allen sozialen Schichten zu bekommen“, sagt Lembke. Es sei hohe Zeit, sich mit ihr inhaltlich auseinanderzusetzen und zum Beispiel eine Antwort darauf zu fordern, wer im Fall einer Regierungsbeteiligung ihre Minister und Staatssekretäre sein sollen.

Freilich könnten auch fähige Leute darunter sein, die keine Radikalen sind. Davon dürften die anderen Parteien keine Angst haben, sagt Lembke. Er spricht von einem „unbequemen und offenen Weg“. Er bedeute durchaus eine Form der Anerkennung der AfD. Zudem müsse gerade die CDU lernen, mit der AfD-Wählerschaft wieder zu kom-



Die AfD hat nicht nur gute Aussichten auf den Wahlsieg in Thüringen – sondern auch auf weitere fünf Jahre in der Opposition.

Foto: dpa/Michael Reichel

munizieren. Friedrich Merz gelinge das nicht. Er komme in den ostdeutschen Bundesländern nicht an, schüre eher den Trotz und sei der Inbegriff für das, was im Osten als Westen gilt. Der bekannte Regisseur Frank Castorf sagte dieser Tage der Berliner Zeitung über die Motive der AfD-Wähler: „Ich denke, sie sind angetrieben von einem ganz einfachen Gedanken. Die AfD ist die Rache des Ostens.“

Die Fähigkeit, eine Koalition zu bilden, sowie Erpressungsmacht: Diese beiden Faktoren entscheiden laut Oliver W. Lembke über die Stellung einer Partei im politischen Gefüge. Erpressungsmacht habe sie, wenn sie aufgrund ihrer Stärke zum Beispiel über die Besetzung von Posten mitentscheiden kann. Das vermag die AfD bisher nicht. Es könnte sich nach der Landtagswahl aber ändern, falls sie mehr als ein Drittel der Landtagsmandate erringt. Zudem ist sie als Bündnispartner nicht erwünscht. „Sie hat keine Koalitionsmehrheit, denn sie ist für die ande-

ren Parteien nicht attraktiv“, sagt der Politikwissenschaftler. Von den Grünen bis zur CDU gilt sie als rechtsextrem. „Man kann eine Wahl gewonnen haben, aber der einzige Sieg ist die Regierungsbildung“, fasst Lembke zusammen.

Gestaltungsmehrheit nicht in Sicht

Die AfD hat somit nicht nur gute Aussichten auf den Wahlsieg in Thüringen – sondern auch auf weitere fünf Jahre in der Opposition. Die Linke kennt das. Nach der Wiedergründung Thüringens 1990 brauchte sie 24 Jahre, ehe sie es in die Landesregierung schaffte. Kritische Geister in den eigenen Reihen sahen sie damals auf dem besten Weg, zu einer Art Sekte zu werden, die es sich in der Opposition bequem macht. Der AfD droht das ebenfalls.

„Es liegt an der AfD selbst. Sie ist unfähig, aus ihren Stimmen einen Politikwechsel herbeizuführen, weil sie isoliert ist, wozu sie selbst viel beigetragen hat“, sagt Lembke.

Auch die Linke wurde von den etablierten Parteien einst ausgegrenzt. Sie schaffte es aber, radikale Positionen über Bord zu werfen und sich so als Koalitionspartner anzubieten. Dem gerade erst gegründeten Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) scheint das auf Anhieb zu gelingen. Es sieht sich anschlussfähig sowohl nach rechts als auch nach links, wodurch es die für die Regierungsbildung nötige Gestaltungsmehrheit im Landtag herstellen könnte.

Das Beispiel der Thüringer Linke zeigt aber auch, wie eine ausgegrenzte Partei von Wahl zu Wahl immer stärker wird. Das kann an einer Solidarisierung der Wähler liegen, an einem gewissen Trotz. Vor allem aber, so Lembke, geschehe dies, wenn die Wähler mit dieser Partei die Hoffnung verbinden, dass sie Probleme löst, die von den anderen Parteien vernachlässigt werden. Bei der Linken war das nach den Hartz-Reformen die Frage der sozialen Gerechtigkeit. Und bei der AfD? „Sie ist gewachsen, weil sich mit ihr die

Erwartung verbindet, das Migrationsproblem zu lösen“, so Lembke. Die Bundesregierungen hätten das lange vernachlässigt, das habe die AfD stark gemacht.

Für AfD-Wähler könnte aber auch irgendwann der Punkt kommen, an dem sie sich die Frage stellen: Ist meine Stimme nicht verschwendet? „Sie spüren schon das Limit“, sagt Lembke. Da eine Gestaltungsmehrheit für die AfD nicht in Sicht sei, könne sie keine Aufbruchstimmung vermitteln. Zudem werde ihren Wählern nun auch vom BSW ein Politikwechsel angeboten, wobei diese Partei tatsächlich die Chance auf eine Regierungsbeteiligung hat. Der BSW-Populismus stoße im Osten auf Resonanz, weil er ein Statement gegen den Westen sei, sagt der Politikwissenschaftler. Er betont aber: Wenn das Wagenknecht-Bündnis nun selbst eine neue Brandmauer errichte, weil es nur mit Parteien koalieren wolle, die seine Meinung zum Ukraine-Krieg teilten, stelle es seine Anschlussfähigkeit gleich wieder infrage.

Nachwuchs für den Wald kommt aus der Baumschule

Thüringen hat in den vergangenen Jahren ein Waldsterben erlebt – vor allem in Fichtenbeständen. Nun geht es darum, neue Bäume zu setzen. Eine Landeseinrichtung spielt dabei eine große Rolle.

Von Simone Rothe

BREITENWORBIS. Mehr als ein Fünftel der Thüringer Wälder sind durch Trockenheit und Borkenkäferbefall abgestorben – insgesamt sind 120.000 Hektar geschädigt. Angesichts dieser dramatischen Situation stehe die Forstbaumschule in Breitenworbis im Eichsfeld vor enormen Herausforderungen, sagte Agrarministerin Susanna Karawanskij (Linke) vor einer Veranstaltung zum 60-jährigen Bestehen der Landeseinrichtung. „Die Schädflächen sind ein riesiges Freilandlabor für den klimastabilen Waldbau“, erklärte die Ministerin.

Seit 2018 seien im Staatswald und in den von der Landesforstanstalt betreuten Privat- und Kommunalwäldern auf mehr als 11.000 Hektar etwa zehn Millionen junge Bäume gepflanzt worden. Das bedeute, dass fast zehn Prozent der aktuellen Schädflächen aktiv aufgeforstet wurden. Karawanskij: „Hieran haben Pflanzen aus der Forstbaumschule Breitenworbis einen großen Anteil. Die Forstbaumschule wird gebraucht wie nie zuvor.“

Viel Saatgut werde von der landeseigenen Samendarre bezogen, das Saatgut wird unter anderem von Zapfenpflockern von den Bäumen geholt. Etwa die Hälfte der Schädflächen werde langsam mit standortgerechten Baumarten wiederbewaldet.

Sie sei froh, dass Thüringen in der Vergangenheit an der Baumschule festgehalten habe, als die landeseigene Aufzucht von Setzlingen hinterfragt worden sei. Andere Bundesländer hätten die eigene Anzucht vor Jahren aufgegeben, so die Ministerin.

Die Forstbaumschule könne artenreiches Pflanzgut für den Waldbau bereitstellen,



Aus solchen Samen werden Bäume herangezogen.

Foto: dpa/Martin Schutt

das an die Region angepasst sei. In Breitenworbis werden nach Angaben der Ministerin 32 Baumarten kultiviert, die eine artenreiche Wiederbewaldung ermöglichen – vor allem

um Weißtannen, Eichen, Buchen, Douglasien, Kiefern, Ahorn und Linden. Auch seltener Baumarten wie Elsbeere, Mehlbeere, Speierling, Wildobstarten oder Eiben wür-

den vermehrt.

Das Land hat laut Karawanskij die Finanzierung der Forstbaumschule und ihren Personalbestand verbessert, derzeit wird unter anderem in ein Gewächshaus investiert. Am Markt schwer erhältliche, teure Baum- und Straucharten könnten in Eigenregie herangezogen werden.

Jährlich kämen insgesamt bis zu zwei Millionen Pflanzen aus der Forstbaumschule. Eine enge Kooperation bestehe mit dem forstlichen Forschungs- und Kompetenzzentrum Gotha – dabei geht es unter anderem um spezielle Versuchsbaumarten im Klimawandel und die Anlage weiterer Saatgutplantagen.

In der 1964 gegründeten Einrichtung werden nach Ministeriumsangaben Technik, Gebäude und Produktionsanlagen stetig modernisiert. Derzeit würden als Ersatz für alte Foliengewächshäuser für rund 2,2 Millionen Euro neue Gewächshäuser und Schattenhallen entstehen. Damit könnten deutlich mehr Bäume in Containern gezogen werden.